

Wahlprüfstein DIE LINKE

Aktionsbündnis Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden Württemberg
Schelztorstr. 49
73728 Esslingen am Neckar

Gentechnik

Das Aktionsbündnis gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist ein Zusammenschluss von 21 Organisationen und setzt sich seit 10 Jahren für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg ein. Mit Blick auf die anstehenden Bundestagswahlen möchten wir Sie über Ihre Position zur Agro-Gentechnik befragen.

Gentechnik

1. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Fleisch, Milch und Eier von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futterpflanzen gefüttert werden, auch entsprechend gekennzeichnet werden müssen?

Die LINKE setzt sich für eine umfassende und verbraucherfreundliche Gentechnik-Kennzeichnung ein. Dazu gehört aus unserer Sicht auch das Schließen der so genannten Kennzeichnungs-Lücke im Bereich der Lebensmittel tierischen Ursprungs. Dafür ist eine europaweite Regelung notwendig. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten bewusst „nein“ sagen können und mit Gentech-Futter erzeugte Produkte im Regal stehen lassen. Darüber hinaus fordert DIE LINKE, die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“ in Deutschland zu stärken und inhaltlich weiter zu entwickeln.

2. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Regionen selbstbestimmt über die Nutzung der Gentechnik entscheiden können?

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Wir wollen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU verbieten und setzen uns für die Reduzierung der Gentech-Anbauflächen in anderen Staaten ein. DIE LINKE sieht den Vorschlag der EU-Kommission zur Nationalisierung der Anbauentscheidungen sehr kritisch, da er zu einem unübersichtlichen Nebeneinander verschiedener Regelungen in der EU führen würde. Gleichzeitig würde damit womöglich der Zulassungsprozess transgener Pflanzen beschleunigt, da gentechnikkritische Staaten weniger intensiv gegen Zulassungsanträge in Brüssel argumentieren würden. Der Vorteil nationaler Regelungen wäre, dass die politische Entscheidung näher an den Wählerinnen und Wählern wäre als aktuell. Beispielsweise in Stuttgart oder in Berlin.

So lange die Agro-Gentechnik noch nicht verboten ist, unterstützen wir die Schaffung gentechnikfreier Regionen. Sie sind organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Ebenso muss der gesetzliche Rahmen in der Bundesrepublik verbessert und der Anbau transgener Pflanzen auf landeseigenen Flächen durch Beschluss der Landtage verboten werden. Die rot-rote Koalition hat dies in Brandenburg getan